



Wahlprogramm der MVP

Konkrete Politik für Mitbestimmung und lokale Stärke

Teil I – Grundsatz & Demokratie

1. Staats- und Regierungsform

Das Staatsoberhaupt ist der Volkssprecher oder die Volkssprecherin. Um das Amt vor parteipolitischem Streit zu schützen, darf der Volkssprecher keiner politischen Partei angehören oder während der Amtszeit Partefunktionen ausüben. Er fungiert als neutraler Schiedsrichter der Demokratie und als Symbol der Einheit, unabhängig von politischem Lagerdenken.

2. Aufgaben des Volkssprechers / der Volkssprecherin

Der Volkssprecher erfüllt ausschließlich repräsentative Aufgaben: Staatsbesuche, Zeremonien, internationale Repräsentation und symbolische Akte wie die Feierliche Amtseinführung. Er/sie vermittelt Volksabstimmungen oder symbolische Botschaften, aber hat keine Regierungsbefugnisse.

3. Parlament

Das Parlament arbeitet eng mit dem Volkssprecher zusammen und bildet einen starken, unabhängigen Gegenpol. Es ist verantwortlich für die Gesetzgebung, die Haushaltskontrolle und die politische Überprüfung der Regierung. Das Parlament setzt sich aus zwei Kammern zusammen: dem Bundestag, in dem die Bürger direkt vertreten sind, und dem Bundesrat, der die Interessen der Bundesländer wahrt. In extremen Fällen kann das Parlament Maßnahmen des Volkssprechers überprüfen oder blockieren, um Machtkonzentration zu verhindern. Die politische Führung und Umsetzung von Gesetzen obliegt ausschließlich dem Bundeskanzler und dem Kabinett.

4. Direktdemokratische Elemente

Direktdemokratische Elemente spielen eine wichtige Rolle in der Regierungsführung. Bei entscheidenden Themen, wie der Außenpolitik, großen Infrastrukturprojekten oder gesellschaftlichen Reformen, können Volksabstimmungen durchgeführt werden. Zusätzlich wird ein digitales Bürgerforum eingerichtet, in dem Bürger Vorschläge einbringen, diskutieren und Empfehlungen an das Parlament weiterleiten können. Volksabstimmungen werden primär digital über das Bürgerforum durchgeführt und sind dadurch kostengünstig und flächendeckend zugänglich. Der Volkssprecher vermittelt die Ergebnisse dieser Foren und Abstimmungen an die Bevölkerung, um den Volkswillen transparent und nachvollziehbar zu machen.

5. Staats- und Nationalsymbole

Die deutschen Nationalsymbole bleiben in ihren Grundfarben schwarz, rot und gold erhalten. Optional können staatliche Gebäude mit einer stilisierten Bürgerkrone ergänzt werden, die als Symbol für die Souveränität des Volkes steht. Die MVP fördert ein reflektiertes Bewusstsein für unsere Geschichte und Kultur, das Tradition und moderne Demokratie als Einheit versteht und einen positiven, verbindenden Zusammenhalt schafft.

6. Amtszeit und Wahl

Der Volkssprecher oder die Volkssprecherin wird für eine Amtszeit von vier Jahren direkt vom Volk gewählt. Um den Einfluss von Großspendern und Lobbygruppen zu verhindern, ist private Wahlwerbung für dieses Amt untersagt. Alle Kandidaten erhalten eine identische, rein staatlich finanzierte Plattform zur Vorstellung ihrer Person. Dies garantiert, dass die persönliche Eignung und Integrität entscheiden, nicht das Budget für Werbekampagnen. Jede Person, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, kann für das Amt kandidieren, unabhängig vom Alter oder anderen demografischen Kriterien. Die Wahl des Volkssprechers hat keinen Einfluss auf die Zusammensetzung der Regierung.

7. Gleichberechtigung und Mitbestimmung

Die MVP setzt sich dafür ein, dass jede Person in Deutschland gleichberechtigt ist und die gleichen Rechte bei politischer Mitbestimmung, Abstimmungen und öffentlichen Ämtern hat – unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder sozialen Umständen. Traditionen sollen bewahrt werden, ohne dabei individuelle Freiheit oder Gleichberechtigung einzuschränken. Niemand wird aufgrund seines Geschlechts in bestimmte Rollen gedrängt; Entscheidungen werden auf Grundlage von Fähigkeiten, Engagement und demokratischem Willen getroffen.

8. Kontrolle und Checks & Balances

Ein unabhängiges Verfassungsgericht und die parlamentarische Kontrolle stellen sicher, dass die Macht des Volkssprechers nicht missbraucht wird und dass die demokratischen Prinzipien stets gewahrt bleiben. Da der Volkssprecher keine Exekutiv-Macht hat, liegt die Kontrolle der Regierung beim Parlament.

9. Direkte Demokratie als Kernprinzip der MVP

Die MVP trifft keine Entscheidungen im Alleingang. Alle politischen Richtungen, Reformen und Projekte werden direkt von der Bevölkerung bestimmt. Ob es um die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU, Infrastrukturprojekte oder gesellschaftliche Reformen geht – die Mehrheit der Bürger entscheidet. Um sicherzustellen, dass Abstimmungen nicht durch finanzielle Interessengruppen manipuliert werden, wird vor jedem Volksentscheid ein neutrales Informationsheft an alle Bürger versandt. In diesem werden Pro- und Contra-Argumente gleichwertig dargestellt. Wir fordern eine strikte Obergrenze für Kampagnenbudgets bei Volksabstimmungen sowie eine sofortige Offenlegungspflicht aller Finanzierungsquellen ab dem ersten Euro.

10. Tradition und Zusammenhalt

Für uns bedeutet Tradition, unser Land mit Verantwortung und Respekt zu führen. Wir setzen auf eine gewählte Führung, die Stabilität und Zusammenhalt garantiert, während die volle Gleichberechtigung aller Bürger gewahrt bleibt. Wir lehnen rückwärtsgewandte Rollenbilder entschieden ab und fördern eine Gesellschaft, die auf Freiheit und individuellem Engagement basiert.

11. Grundhaltungen und Leitplanken der MVP

Die MVP versteht direkte Demokratie als verantwortungsvolle Mitbestimmung innerhalb klarer demokratischer Grenzen. Volksabstimmungen dürfen weder zur Diskriminierung von Minderheiten noch zur Durchsetzung extremistischer, autoritärer oder verfassungsfeindlicher Positionen genutzt werden. Ob eine Volksabstimmung gegen Grundrechte oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstößt, prüft ausschließlich das unabhängige Bundesverfassungsgericht – dessen Entscheidung ist bindend und kann durch keinen Volksentscheid aufgehoben werden. So bleibt die Mitbestimmung des Volkes stark, ohne dass Grundrechte jemals zur Abstimmung stehen. Darüber hinaus müssen politische Entscheidungen stets transparent, finanziert und langfristig tragfähig sein. Die MVP gibt keine inhaltlichen Vorgaben für einzelne Sachfragen, setzt jedoch klare Grenzen dort, wo Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Stabilität gefährdet würden.

Teil II – Politikfelder unter direkter demokratischer Entscheidung

12. Wirtschaft & Arbeit

Die MVP bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft als Grundlage für Wohlstand, Innovation und soziale Sicherheit. Wirtschaftliches Handeln soll dem Gemeinwohl dienen, ohne unternehmerische Freiheit oder persönliche Leistungsbereitschaft einzuschränken. Grundlegende wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Richtungsentscheidungen, die breite Teile der Bevölkerung betreffen, werden durch Volksabstimmungen demokratisch legitimiert. Der Staat setzt klare rechtliche Rahmenbedingungen, sorgt für fairen Wettbewerb und verhindert Machtkonzentration sowie Missbrauch durch marktbeherrschende Akteure. Arbeit ist mehr als ein Produktionsfaktor und verdient Anerkennung, Schutz und faire Bedingungen. Arbeitnehmerrechte, Eigentumsschutz und unternehmerische Freiheit stehen gleichwertig nebeneinander und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Große wirtschaftliche Strukturreformen, Privatisierungen oder staatliche Eingriffe in den Markt erfolgen nur transparent, finanziert und mit direkter Beteiligung der Bürger. Entscheidungen müssen langfristig tragfähig sein und dürfen weder zukünftige Generationen noch einzelne Bevölkerungsgruppen unverhältnismäßig belasten. Konkret würden wir dem Volk als erstes die Frage vorlegen: Wie hoch soll der gesetzliche Mindestlohn sein – und wer soll ihn künftig festlegen?

13. Bildung & Forschung

Bildung ist eine zentrale staatliche Verantwortung und die Grundlage für persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe und langfristigen Wohlstand. Die MVP versteht Bildung nicht als Ideologieprojekt, sondern als Befähigung des Menschen zu selbstständigem Denken, Verantwortung und Mitbestimmung. Der Staat gewährleistet einen verlässlichen, qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Zugang zu Bildung in allen Regionen Deutschlands. Grundlegende bildungspolitische Reformen, insbesondere solche mit bundesweiter Wirkung, werden durch Volksabstimmungen demokratisch legitimiert. Chancengleichheit bedeutet gleiche Startmöglichkeiten, nicht staatlich verordnete Gleichheit der Ergebnisse. Leistungsbereitschaft, Engagement und individuelle Begabungen sollen gefördert werden, ohne soziale Herkunft oder regionale Unterschiede zu benachteiligen. Forschung und Wissenschaft müssen frei, transparent und unabhängig bleiben. Politische oder wirtschaftliche Einflussnahme auf Inhalte von Lehre und Forschung wird abgelehnt. Über große strategische Ausrichtungen der staatlichen Forschungsförderung entscheidet die Bevölkerung im demokratischen Verfahren. Eine der drängendsten Fragen, die wir direkt dem Volk übergeben würden: Soll Deutschland ein bundeseinheitliches Bildungssystem einführen oder das föderale Modell behalten?

14. Soziales & Gesundheit

Der soziale Zusammenhalt und der Schutz der menschlichen Würde sind zentrale Grundlagen des Staates. Die MVP steht für ein solidarisches Gemeinwesen, in dem Hilfe für Bedürftige gewährleistet ist und Eigenverantwortung gefördert wird. Der Staat stellt eine verlässliche medizinische Grundversorgung für alle Menschen in Deutschland sicher. Grundlegende Reformen des Sozial- und Gesundheitssystems werden transparent vorbereitet und durch Volksabstimmungen demokratisch legitimiert. Soziale Unterstützung soll gezielt, fair und nachvollziehbar erfolgen. Leistungen des Sozialstaates müssen menschenwürdig ausgestaltet sein, dürfen jedoch nicht zur dauerhaften Abhängigkeit führen oder Leistungsbereitschaft untergraben. Gesundheitspolitische Entscheidungen müssen sich an medizinischer Wissenschaft, langfristiger Finanzierbarkeit und dem Schutz der individuellen Freiheit orientieren. Staatliche Eingriffe in persönliche Lebensentscheidungen bedürfen einer klaren demokratischen Legitimation und dürfen nicht unverhältnismäßig sein. Die Bürger selbst sollen entscheiden, ob gesetzliche und private Krankenversicherung zu einem einheitlichen System zusammengeführt werden – denn diese Frage betrifft jeden.

15. Umwelt, Klima & Generationengerechtigkeit

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine Verantwortung gegenüber heutigen und zukünftigen Generationen. Die MVP versteht Umwelt- und Klimapolitik als langfristige Aufgabe, die ökologische Verantwortung mit sozialer und wirtschaftlicher Tragfähigkeit verbindet. Grundlegende umwelt- und klimapolitische Weichenstellungen werden demokratisch durch Volksabstimmungen legitimiert. Maßnahmen müssen wirksam, verhältnismäßig und nachvollziehbar sein sowie regionale Unterschiede und soziale Auswirkungen berücksichtigen.

Generationengerechtigkeit bedeutet, dass politische Entscheidungen weder die Lebensqualität zukünftiger Generationen gefährden noch einseitig heutige Bevölkerungsgruppen überfordern dürfen. Umwelt- und Klimaschutz müssen deshalb finanziert, technologieoffen und langfristig stabil ausgestaltet werden. Der Staat setzt klare ökologische Rahmenbedingungen, fördert Innovation und verhindert Umweltzerstörung, ohne unverhältnismäßig in die persönliche Freiheit einzudringen.

Pauschale Verbote ohne demokratische Legitimation lehnt die MVP ab. Als symbolisch wichtige erste Abstimmung steht die Frage im Raum: Tempolimit auf Autobahnen – ja oder nein? Das Volk entscheidet.

16. Sicherheit & Rechtsstaat

Sicherheit ist eine grundlegende Voraussetzung für Freiheit, Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Polizei, Justiz und Sicherheitsbehörden müssen handlungsfähig, rechtsstaatlich kontrolliert und personell wie technisch angemessen ausgestattet sein. Grundlegende sicherheitspolitische Weichenstellungen mit weitreichenden Auswirkungen auf die Bevölkerung werden durch Volksabstimmungen demokratisch legitimiert. Der Staat hat die Pflicht, Straftaten konsequent zu verfolgen und Opfer wirksam zu schützen. Gleichzeitig dürfen Sicherheitsmaßnahmen nicht zu einer pauschalen Überwachung oder Einschränkung bürgerlicher Freiheiten führen. Rechtsstaatlichkeit bedeutet, dass Gesetze für alle gleichermaßen gelten und staatliches Handeln jederzeit überprüfbar bleibt. Machtmissbrauch, Willkür und politische Instrumentalisierung von Sicherheitsbehörden werden entschieden abgelehnt. Wie viel Überwachung ist zum Schutz der Bürger nötig – und wo beginnt der Eingriff in die Freiheit? Genau das würden wir als erste Frage zur Volksabstimmung stellen.

17. Außenpolitik & internationale Zusammenarbeit

Die Außenpolitik Deutschlands soll dem Frieden, der Sicherheit und der Wahrung der demokratischen Werte dienen. Die MVP setzt auf eine verantwortungsvolle, souveräne und am Volkswillen orientierte Außenpolitik, die nationale Interessen mit internationaler Zusammenarbeit verbindet. Grundlegende außenpolitische Entscheidungen mit langfristigen oder weitreichenden Folgen für Deutschland werden durch Volksabstimmungen demokratisch legitimiert. Dazu zählen insbesondere Fragen der internationalen Bündnisse, sicherheitspolitische Verpflichtungen und grundlegende Richtungswechsel in der Außenpolitik. Internationale Kooperation, Diplomatie und wirtschaftliche Zusammenarbeit haben Vorrang vor Konfrontation. Militärische Mittel sind ausschließlich als letztes Mittel zur Verteidigung, zur Wahrung des Völkerrechts oder im Rahmen international legitimierter Einsätze zu betrachten. Deutschland bleibt ein verlässlicher Partner in internationalen Organisationen und setzt sich für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und friedliche Konfliktlösung ein. Gleichzeitig wahrt der Staat seine demokratische Souveränität und lehnt undemokratische Einflussnahme von außen ab. Wie viel gibt Deutschland für seine Verteidigung aus? Diese Entscheidung ist zu wichtig für ein Hinterzimmer – sie gehört direkt in die Hände der Bevölkerung.

18. Digitalisierung & Staatstransparenz

Die MVP fördert eine moderne, digitale Verwaltung, die den Bürgern effizienten, sicheren und transparenten Zugang zu staatlichen Leistungen ermöglicht.

Digitalisierung soll die Demokratie stärken, Beteiligung erleichtern und bürokratische Hürden abbauen. Grundlegende Entscheidungen zur Digitalisierung des Staates, einschließlich der Einführung neuer digitaler Plattformen oder Verfahren, werden durch Volksabstimmungen demokratisch legitimiert. Dabei steht die Sicherheit personenbezogener Daten und die Wahrung der Privatsphäre an oberster Stelle.

Transparenz bedeutet, dass politische Entscheidungen, Ausgaben und Verwaltungshandeln nachvollziehbar, prüfbar und öffentlich zugänglich sind. Der Staat verpflichtet sich, Bürgerinformationen neutral und verständlich bereitzustellen, um fundierte Mitbestimmung zu ermöglichen. Digitale Innovationen werden technologieoffen und langfristig tragfähig gefördert, ohne dass Grundrechte oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet werden. Die digitale Teilhabe aller Bürger, unabhängig von Region, Alter oder sozialem Hintergrund, ist gewährleistet. Die erste Volksabstimmung in diesem Bereich würde die Grundsatzfrage klären: Wo zieht Deutschland die Grenze zwischen staatlicher Transparenz und dem Schutz persönlicher Daten?

19. Demokratische Absicherung des digitalen Bürgerforums

Das digitale Bürgerforum ist ein zentrales Instrument der direkten Demokratie und dient der strukturierten Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen. Es ersetzt weder Parlament noch Verfassungsordnung, sondern wirkt ausschließlich innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Es dient der demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung, nicht der eigenständigen Machtausübung. Der Betrieb des Bürgerforums unterliegt einer unabhängigen, demokatisch legitimierten Aufsicht. Technische Systeme, Abstimmungsverfahren und Auswertungsmechanismen müssen transparent, überprüfbar und öffentlich nachvollziehbar sein.

Zur Sicherung von Vertrauen und Integrität wird das Bürgerforum durch klare Einspruchs- und Kontrollverfahren unter unabhängiger demokratisch legitimierter Aufsicht ergänzt. Bei begründetem Verdacht auf Manipulation, technische Fehler oder Missbrauch werden Abstimmungen ausgesetzt und überprüft. Digitale Beteiligung wird durch analoge Kontroll- und Absicherungsmechanismen ergänzt, um die demokratische Legitimität jederzeit zu gewährleisten.